



Frühjahrskonferenz
5./6. Juni 2025 in Bad Schandau

Beschluss

TOP III.1

Änderung des Wehrpflichtgesetzes mit dem Ziel der Nichtheranziehung von Justizvollzugsbediensteten zum Wehrdienst

Berichterstattung: Bremen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister sind sich einig, dass im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses zur Einführung des Wehrdienstes nach dem schwedischen Modell die rechtliche Gleichstellung des Polizei- und Justizvollzugsdienstes sichergestellt werden soll.
2. Die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister der Länder bitten daher das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, an das Bundesministerium der Verteidigung heranzutreten, damit dieses im Gesetzgebungsprozess eine rechtliche Gleichstellung beider Vollzugsdienste sicherstellt.